

Deutschland.

Berlin, 7. März. Se. Maj. der König nahm gestern im Belstein des Gouverneurs und Kommandanten militärische Meldungen entgegen, bei denen die General-Majors v. Schmidt und v. Schachtmeier, Kommandeure der 16. und 41. Infanterie-Brigade, sowie der Oberst-Lieutenant und Brigadier der 2. Gensdarmarie-Brigade, v. Nagmar, betheiligte waren, und nahm demnach den Vortrag des Geh. Rabinetsrath v. Müller entgegen.

Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs treffen auch mehrere hohe Gäste zur Theilnahme hier ein. Unter denselben befinden sich 33. K. K. H. die Großherzogin Mutter und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und die badischen Herrschaften. J. K. Hoh. die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden wird dem Vernehmen nach während der Anwesenheit am K. Hofe im russischen Gesandtschafts-Hotel Wohnung nehmen.

Ihre Maj. die Königin ertheilte gestern dem Präsidenten und den beiden Vice-Präsidenten des norddeutschen Reichstages die nachgesuchte Audienz.

Dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist, nach dem „N. A. B.“, aus Anlaß seines kürzlich stattgehabten 25jährigen Militär-Diensthilfs die hohe Würde eines General-Inspektors der zweiten Armee-Abtheilung verliehen worden.

Selt einiger Zeit besteht zwischen Paris und St. Petersburg ein sehr lebhafter Depeschen-Verkehr. Gestern traf der Sekretär im auswärtigen Ministerium zu Paris, Correl, von dort hier ein und setzte schon Abends über Warschau die Reise nach St. Petersburg fort.

Gerüchtwiese verlautet, die Regierung werde in Betreff der Sicherstellung der Strafslosigkeit der Reichstagsberichte die Initiative ergreifen. In Kreisen der Mittelfraktion wird als unzweifelhaft angenommen, daß die Regierung auf Vorschläge, betreffend die periodische Feststellung der Ausgabe-Etats für Militär und Marine auf fünf oder drei Jahre eingehen werde.

Der Oberst v. Chauvin, Direktor des Telegraphenwesens, welcher sich in Telegraphen-Angelegenheiten nach Kopenhagen begeben hatte, ist von da wieder hier zurückgekehrt.

Das Auftreten des sächsischen Abgeordneten Dr. v. Gerber in der vorgestrigen Sitzung hat all den liberalen Auffassungen, nach welchen die sächsischen Konservativen Gegner des Einigungs-Projektes der Regierungen seien, einen harten Stoß gegeben. Die Klarheit und Bestimmtheit, mit welcher Herr v. Gerber — jedenfalls einer der bedeutendsten unter den sächsischen sogenannten Partikularisten — sich für die schnelle Förderung des nationalen Werkes ausgesprochen hat, dürfte manche Illusionen zerstört haben.

Die „Dresdner Nachrichten“ melden aus Dresden vom 5. März: „Dem Vernehmen nach soll die Gemalin des Ministers Freiherrn v. Bruck in diesen Tagen von Wien wieder hier eintreffen sein.“

Der vierzehnte deutsche evangelische Kirchentag wird, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, im September d. J. in Kiel abgehalten werden.

Die schon längst beabsichtigten Bauten im Lokal des preussischen Abgeordnetenhauses sind jetzt im Gange. Es handelt sich dabei zum Theil um eine Erweiterung des Raumes, zum Theil um Verbesserungen in der Heizung und Ventilation. Da nach den geistigen Andeutungen des Ministerpräsidenten möglicher Weise noch im Frühjahr, etwa im Mai oder Juni, wieder eine Session des Abgeordnetenhauses zu erwarten steht, so wird die Ausführung jener Arbeiten wohl um so mehr beeilt werden müssen.

Bei der am 4. März begonnenen Ziehung der 5. Klasse der 148. hannoverschen Lotterie fielen 1000 Thlr. auf Nr. 311 und 8307; 400 Thlr. auf Nr. 870, 8738, 9716 und 12149; 200 Thlr. auf Nr. 1023, 5591, 5997, 9153 und 11,249; 100 Thlr. auf Nr. 3412, 4614, 7795, 8036, 8090, 10327, 10690 und 12695.

Nachdem der Hr. Abg. Simson zum Präsidenten des Reichstages gewählt ist, wird es nicht ohne Interesse sein, an das Programm zu erinnern, welches die altliberale Partei für die Wahlen aufgestellt hat. Wir lassen daher die Hauptstellen desselben hier folgen:

„Das jüngste Auftreten und die Erfolge Preußens haben die führende Stellung dieses Staates ein für allemal entschieden. Preußen stellt behufs der neuen Staatsbildung alle seine Kräfte zur Verfügung und die preussische Regierung erwartet von der Mitwirkung einer Volksvertretung die staatliche Konstitution des norddeutschen Bundes. Der zu schaffende Staat wird in seiner ganzen Anlage die Fähigkeit enthalten müssen, sich über das gesammte Deutschland zu erstrecken. Er wird die nötige Ausdehnungs- und Anziehungskraft nur besitzen, wenn er mit den Bürgerschaften verfassungsmäßiger Freiheit ausgestattet wird. Andererseits erscheint die einseitige entschlossene Beschränkung auf das nächst vorliegende Ziel als Grundbedingung des Gelingens. Die Festigkeit, die künftige Macht der neuen Staatsgründung wird in erster Linie von dieser Beschränkung abhängen. Wenn das zu wählende Parlament die volle Durchführung der leitenden Stellung Preußens als seine erste Pflicht begreift, wird mit der Uebertragung der militärischen, der diplomatischen, der Zoll-, Handels- und Verkehrs-Angelegenheiten an die Krone Preußens die Sicherung verfassungsmäßiger Mitwirkung des Volks zur Festlegung des Bundes und zur Gesetzgebung Hand in Hand geben. Diesen Standpunkt einzunehmen und ihn im Parlamente zur Geltung zu bringen, ist vorzugsweise auch der Beruf der liberalen Partei. Sie hat vor Allem dafür zu sorgen, daß die leitende Regierung in starker Stellung den jungen Staat nach Außen zu vertreten und

zu verteidigen im Stande sei. Sie wird durch nachdrückliche Unterstützung der beschaffigen Nothbedürfnisse der Regierung den nötigen Einfluß auf die Haltung derselben zu erringen und sie in dem Bewußtsein erster Verantwortlichkeit den großen Aufgaben der Zeit gegenüber zu befestigen haben.“

Berlin, den 8. Dezember 1866.

Die Abgeordneten: Th. v. Bethmann-Hollweg, v. Bonin, Conze, v. Eckardstein, v. Eynern, v. Fock, Fubel, Gade, Gärtner, Grundmann, Hasenclever, Hauschild, Dr. Haym, Jacobi v. Wangelin, Meyhöffer, v. Richtenhofen (Jauer), Graf v. Schwerin-Pupar, Dr. Simson, Stelzer, Frhr. G. v. Vinde (Hagen), Frhr. v. Vinde-Olbendorf, v. Wangenheim, Zanders.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung aus dem Unterrichts-Ministerium, wie sie dem Kurator der Universität in Königsberg zur Zeit übermittelt worden, ist jetzt erst mitgeteilt worden. Danach hat nämlich Se. Majestät der König die betreffende Bestimmung der dortigen Universität in der Weise modifiziert, daß der Gebrauch der lateinischen Sprache zwar für die Bearbeitung der statutenmäßigen Preisaufgaben aus dem Gebiete des klassischen Alterthums, der Theologie und Rechtswissenschaften aufrecht erhalten, dagegen bei den Aufgaben aus anderen Disziplinen der Gebrauch der deutschen Sprache, in Uebereinstimmung mit einer darüber erfolgten Bekanntmachung, zugelassen wird. Was nun in Königsberg Rechtens ist, wird es auch wenigstens auf den allen fünf anderen preussischen Universitäten sein. Die Behandlung der philosophischen, geschichtlichen, mathematischen, physikalischen und naturwissenschaftlichen Aufgaben kann bei der Reinerung nur gewinnen. — Vorgestern Abend fand hier eine allgemeine öffentliche Versammlung der hiesigen Studentenschaft statt, in welcher Mittel zur Beseitigung bestehender Uebelstände berathen werden sollten. Es handelt sich dabei um den Gebrauch des Lateinischen in Doctor-Dissertationen, Ceremonien bei Promotionen, den Geldzwang bei Bezahlung der Kollegienelder. Der Rektor hatte die Genehmigung zur Versammlung in der Universität untersagt und dabei geäußert, daß die letztere Angelegenheit über die Kompetenz der Studierenden hinausgehe. Die letzteren entschlossen sich daher zu einer öffentlichen Versammlung, von der sie, wie das Gesetz es vorschreibt, dem Polizeipräsidenten und auch dem Senate Kenntniß gegeben hatten. Die Beschlüsse gingen dahin, den Petitionsweg bei der Universitätsbehörde zu beschreiten.

Berlin, 6. März. (Norddeutscher Reichstag.) 7. Sitzung. (Schluß.) Wahlprüfungen. Namens der ersten Abtheilung beantragt der Referent Graf Bethun v. Hye, die Wahlen der Abgg. Chlapowski, Dr. Simson, Graf v. Bismarck-Schönhausen und v. Arnim (Heinrichsdorf) für gültig zu erklären. Dies geschieht. — Bei der Wahl des Abg. Dr. von Wagner in Leipzig erregte es Bedenken, daß die Wahlkreise nicht nach geographischen Bezirken abgetheilt waren. Sämmtliche Wähler waren nach alphabetischer Reihenfolge in acht Serien geschieden und in 8 verschiedene Lokale sämmtlich im Mittelpunkte der Stadt, eingeladen. Der Wahlvorstand hatte diese Anordnung damit entschuldigt, daß er die Verordnung, am 5. Dezember v. J. die Wahllisten auszuliegen, erst am 27. November erhalten habe. Die Abtheilung fand, daß diese Anordnung nicht von Einfluß auf den Ausfall der Wahl gewesen und beantragt deren Gültigkeit. Das Haus beschließt demgemäß.

Für die zweite Abtheilung berichtet Dr. Kiebel (Brieg) zunächst über die Wahl des Abg. v. Oheim (Lippe-Deimold), welche bekanntlich kürzlich in Folge von Einwänden, die vom Abg. Dunder gegen dieselbe gemacht worden, an die Kommission zur nochmaligen Prüfung zurückgewiesen worden war. — Ueberhaupt abgegeben wurden bei dieser Wahl 14,726 Stimmen; die absolute Majorität betrug 7364. Abg. v. Oheim erhielt 8571, also 1207 über die absolute Majorität; der Gegenkandidat Hausmann erhielt 5889, 266 Stimmen jenseits der Mitte, Referent ging darauf näher auf die vom Abg. Dunder mitgetheilten Thatsachen ein, zu deren Befestigung noch ein Originalprotokoll aus Lippe eingetroffen ist. — Was die Thatsache betrifft, daß im Amte Hohenhausen der Wahlversteher die Stimmzettel sofort geöffnet und in zwei offenen Schalen gleich fortirt habe, so gebe das Wahlprotokoll keine Aufklärung darüber. Dieser Vorfall, wenn er sich bewahrheiten sollte, würde allerdings ein ungeheurer Verstoß gegen das Grundprinzip der geheimen Abstimmung verlegt. Auf das Resultat der Wahl hat er jedoch keinen Einfluß, da, wenn auch sämmtliche Stimmen für ungültig erklärt werden, doch immer der Abg. v. Oheim noch die Majorität behält. — Was nun die Mittheilung betreffe, daß der Hofmeister der verwitweten Fürstin, Treveranus, sich gerühmt habe, heimlich 60 Stimmen für Oheim in die Urne geworfen zu haben, so ist dies durchaus unwahrscheinlich, zumal in dem Protokoll die ausdrückliche Erklärung enthalten ist, daß zur genaueren Kontrolle bei jedem Wähler, der gestimmt habe, ein Vermerk gemacht worden sei, bei der Zählung der Stimmen hätte dann doch die Differenz zu Tage treten müssen. — Was nun die gerügten Beeinflussungen von Seiten der Beamten an betreffe, so habe die Majorität der Abtheilung sich nicht dafür entscheiden können, aus diesem Grunde die Wahl zu beanstanden. Denn es liege im Charakter der geheimen Abstimmung, daß sie sich jedes Einflusses von außen her entziele. Selbst wenn durch Drohungen u. d. d. Versuch gemacht worden wäre, Einfluß zu üben, so lasse sich nicht nachweisen, welchen Erfolg die Drohung gehabt habe; und das ganze System der geheimen Abstimmung liege in Widerspruch mit einer wirklich faktischen Wahlbeeinflussung. (Große Heiterkeit rechts.) Man könne auch das von den Beamten nicht voraussetzen, daß es der unpartheiischen Stellung nicht entsprechen würde, welche dieselben festzuhalten hätten. (Gelächter.) Deshalb beantragt die Majorität der Abtheilung, die Wahl für gültig zu erklären, beantragt aber, von den eingelaufenen Beschwerden dem Bundespräsidium Kenntniß zu geben, damit dieses der künftigen lippeischen Regierung Mittheilung davon machen kann.

Abg. Dunder (Berlin): Ich stelle den Antrag auf Beanstandung der Wahl, bis die Thatsachen durch Zeugenvernehmung untersucht worden sind. — Das Zahlenexempel, das der Referent angeführt hat, kann für uns nicht maßgebend sein, da gar nicht abzusehen ist, wie sehr die gerügten Unregelmäßigkeiten und Geschehnisse auf das Resultat der Wahl eingewirkt haben. — Den Vorfall in Hohenhausen hat der Herr Referent nicht entkräften können, und es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß ähnliche Sachen auch in anderen Bezirken vorgekommen sind. — Der Vorfall mit dem Hofmeister, welcher 60 Stimmzettel für Oheim in die Urne geworfen zu haben behauptet, klingt allerdings wie Renommisterei; er verdient aber doch wohl der Aufklärung, und der Referent kann die Möglichkeit nicht durch sein Argument bestreiten; denn wenn es möglich ist, daß 60 Zettel für Oheim in die Urne geworfen werden können, dann wird der Betreffende wohl auch 60 auf den Gegenkandidaten lautende Stimmen haben entfernen können, so daß die Zahl schließlich doch stimmt. Der wesentlichste Punkt sind für mich aber die Beeinflussungen, die in eminentester Weise ausgeführt worden sind, wie durch einen nachträglich eingegangenen Protest von 50 bis 60 Wählern noch bestätigt worden ist. Dies dürfen wir nicht so hingehen lassen. Wenn man so die Wahlfreiheit und die geheime Wahl verachtet, so legt das Haus die Art an die Wurzel seiner eigenen Existenz (Beifall links.) Von Ihrem Verfahren hier wird es abhängen, ob das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht seinen geheimen Charakter bewahren wird. Die Verhandlungen über die Wahlprüfungen haben gezeigt, daß die Behörden vielfach den Versuch gemacht haben, die Heiligkeit der Wahl zu vereiteln. Mit so allgemeinen Betrachtungen, wie sie der Referent angestellt hat, wird man aber so schwere Beschuldigungen nicht hinauskommen. Wenn in der That an der geheimen Abstimmung liegt, der Stimme für meinen Antrag. — Abg. v. Oheim (der gegen die Sitte, wie sie im preussischen Abgeordnetenhaus herrscht, während der Verhandlung über seine Wahl den Saal nicht verläßt): Ich muß zunächst die überwiegenen Anschuldigungen gegen eine Anzahl Beamten des Wahlkreises, wo ich Vorstand der Regierung des Landes bin, um meiner selbst und der Beamten willen zurückweisen, um nicht den Gedanken auskommen zu lassen, als sei regierungsfreudig irgend eine Beeinflussung versucht worden. Die Regierung meines Landes steht in dieser Beziehung so frei da, wie die irgend eines anderen norddeutschen Bundesstaates. Es ist weder eine Verfügung ergangen, noch sind von amtlicher Seite Stimmzettel vertheilt worden. Wenn nichtbestenfalls ein oder der andere Beamte in ungeschickter Weise (Heiterkeit) den Versuch gemacht hat, auf die Wahl einzuwirken, so ist dieser Versuch nicht auf die Regierung zurückzuführen. Im vorliegenden Falle ließen sich solche Eingriffe von Beamten auch nicht aus persönlicher Konnivenz oder aus Augenbrenerei erklären, da ich nicht den Wunsch gehegt habe, gewählt zu werden. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß eine Untersuchung die vollständige Richtigkeit aller Beschuldigungen erweisen würde. Denn die Loyalität, Rechtschaffenheit und Pflichttreue des lippeischen Beamtenstandes hat sich immer bewährt und kann durch die neuliche Denunziation des Abg. Dunder nicht erschüttert werden. Es liegt mir ein amtlicher Bericht aus Lippe vor, worin die erwähnten Thatsachen sich alle als unwahr erweisen. Was nun die 53 Beschwerden betrifft aus dem Fürstenthum selbst, so weiß ich wirklich nicht, wie solche bodenlose Denunziationen gegen eine ganze Klasse von Beamten bewiesen werden sollen; denn die 53 Denunzianten können dies doch unmöglich selbst beweisen. (Gelächter.) Die Beeinflussung des Beamtenstandes reduziert sich einfach darauf, daß in seinem Bureau einige Tage vor der Wahl der Anschlag ausgehängt war: „Am Wahltag wird Holztagelohn bezahlt.“ Außerdem giebt es bei uns keinen so großen Ueberfluß an Arbeitern, daß man sie deshalb entlassen würde, weil sie den ihnen empfohlenen Kandidaten nicht gewählt haben. Die ganze Denunziation scheint mir zu Stande gekommen zu sein durch den Aufbruch des demokratischen Central-Wahl-Comités zu Berlin, welches dazu aufforderte, allen bei den Wahlen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten nachzuforschen. Das ist eine Organisation des Denunziantenwesens, die nur aus dem Vergnügen hervorgegangen ist, Standal zu machen und den Behörden Arbeit und Verwirrung zu verurursachen. (Beifall rechts, Lachen links.) — Abg. Windthorst bestreitet den Beschluß der Abtheilung auf Gültigkeit der Wahl. Das Volk sei entweder mündig oder nicht mündig; sei es noch nicht mündig, so dürfe man ihm überhaupt keine Wahlberechtigung geben; sei es mündig und dürfe es das Wahlrecht ausüben, so dürfe man auch nicht glauben, daß es sich beeinflussen lasse.

Abg. Graf Schwerin bestreitet gleichfalls den Antrag der Abtheilung in seinem ersten Theile, bekämpft aber den zweiten Theil, monach dem Bundespräsidium Mittheilung von den vorgekommenen Unregelmäßigkeiten gemacht werden soll; denn das Haus habe sich für solche Vorkommnisse nur insoweit zu interessieren, wie sie Einfluß auf die Wahl haben. (Beifall rechts.) — Abg. Dunder (Berlin): Der Herr v. Oheim scheint sehr zufrieden zu sein für die Ehre seiner untergebenen Beamten, dagegen sehr freigebig mit Beschimpfungen gegen die Mitglieder dieses Hauses und unbescholtene Bürger seines Landes. (Unruhe rechts.) — Präf. Dr. Simson (den Redner unterbrechend): Ich habe den Ausdruck „bodenlose Denunziation“ wohl gehört, kann aber eine Beschimpfung irgend eines Mitgliedes dieses Hauses darin nicht finden, da ich nicht glaube, daß Herr v. Oheim diesen Ausdruck auf einen seiner Kollegen hat beziehen können. — Abg. Dunder (fortfahrend): Es wird nun gesagt: „Die Thatsachen sind noch nicht bewiesen“; das habe ich auch noch nicht behauptet; aber wie sollen sie denn bewiesen werden, wenn das Haus nicht die Zeugenvernehmung beschließt? Ein einzelner Abgeordneter kann doch keine Zeugen vernehmen. Ich weiß sehr wohl, daß die Mitglieder der Partei, zu der ich den Vorredner rechnen muß, mit uns nur für die Mündigkeit des Volkes eintreten, wenn es ihnen zu ihren Sonderzwecken paßt (Bravo links). Wenn die Pressefreiheit u. d. d. verlangt wird, dann ist das Volk noch nicht mündig. Wenn aber, wie hier, das Volk zum ersten Mal direkt und geheim wählt, wie es an die öffentliche Abstimmung gewohnt ist und deshalb noch nicht die Schutzwehr kennt, die ihm damit verliehen wird und sich deshalb durch Einfälscherungen noch einschüchtern läßt, dann darf diese Willensäußerung des Volkes, die durch allerlei verwerfliche Mittel herbeigeführt ist, nicht angegriffen werden; denn das Volk ist mündig. Meine Herren, wenn Sie nach dem Wunsche des Vorredners beschließen, so werden Sie ein unmündiges Volk bekommen. — Abg. Evans spricht für den Antrag des Abg. Dunder auf Beanstandung der Wahl, ist aber bei der im Hause herrschenden Unruhe und bei seinem unglücklichen Organ nicht verständlich. — Nachdem Ref. Abg. Kiebel nochmals die Anträge der Abtheilung beantwortet, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Abg. Dunder auf Beanstandung der Wahl wird abgelehnt, dafür nur etwa 50 Mitglieder von der Linken, der Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung der Wahl wird mit derselben Majorität angenommen, der zweite Antrag aber, dem Bundespräsidium Mittheilung von den vorgekommenen Unregelmäßigkeiten zu machen, wird abgelehnt. — Darauf werden die Wahlen der Abgg. v. Wedemeyer, v. Wagnor und v. Tyska ohne Debatte für gültig erklärt. — Namens der dritten Abtheilung berichtet Abg. v. Unruh-Bomst über die Wahlen der Abgg. v. Spantzen und Wagnor, die beide für gültig erklärt werden. — Der Referent der fünften Abtheilung Abg. Persius beantragt die Gültigkeitserklärung der Wahlen der Abgg. Köppe, Schröder, v. Jachowski und v. Unruh (Magdeburg); das Haus tritt dem Antrag bei. — Namens der sechsten Abtheilung berichtet Abg. Hergenbahn über die Wahl des Abg. v. Gottberg, Namens der siebenten Abtheilung Ref. Abg. v. Warm über die Wahlen der Abgg. Graf Schwerin und Graf Blumenthal-Sudow, die sämmtlich für gültig erklärt werden. — Hiermit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Simson theilt mit, daß bis jetzt 249 Wahlen eingegangen sind, 48 Kreise noch fehlen; geprüft sind 224 Wahlen, so daß 25 noch rückständig sind; er schlägt vor, am Freitag eine Plenarsitzung zu halten, um diese zu erledigen, und beauftragt auf den Antrag des Abg. Graf Schwerin die Vorsitzenden der Abtheilungen, nach Maßgabe der Geschäfte die Zeit der Abtheilungssitzungen zu bestimmen. — Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag, Tages-Ordnung: Wahlprüfungen.

Breslau, 6. März. Bezüglich der Abgeordneten-Diäten hatte die Stadtverordneten-Versammlung unterm 31. Januar beschlossen, „den in Breslau gewählten Abgeordneten des norddeutschen Parlaments für die Dauer der ersten Sitzungsperiode dieselben Diäten und Reisekosten seitens der Kommune zu bewilligen, welche den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses von der Statoregierung gewährt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß diese Bewilligung sich erledigt, sobald die Diätenfrage

